

Kapitel VIII.

Widerstand und Demokratisierung als Transformationsstrategie gegen den Neoliberalismus

1. Wo angesetzt werden muss: Die Krise hat den Kritikern des Neoliberalismus recht gegeben

Margaret Thatchers TINA-Verdikt (There Is No Alternative) ist von der historischen Entwicklung bekanntlich überholt worden. Ihr eigener Biograf kam in der Krise zu der Erkenntnis, dass offenbar die Linke, und er meinte die marxistische Linke, recht habe (FAZ, 15.8.2011).⁶ Ein anderer britischer Journalist, Paul Mason, erklärte: "Der globale Kapitalismus, der an der Schwelle des Kollapses stand, wurde durch den Staat gerettet. Diese Alternative war in Vergessenheit geraten ... wir befinden uns am Anfang eines nicht-amerikanischen Jahrhunderts und eines das gesamte System erfassenden Überdenkens der tiefen Prioritäten des kapitalistischen Systems ... Der Neoliberalismus ist vorbei – als eine Ideologie, als ein ökonomisches Modell. Vor uns steht die dringliche Aufgabe, herauszuarbeiten, was danach kommt. Diejenigen, die soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit durchsetzen wollen, haben jetzt eine Chance, wie sie nur einmal im Jahrhundert kommt." (zit. N. Deppe 2013, 15f.)

Tatsächlich ist der Neoliberalismus nicht vorbei, vielmehr versuchen die kapitalistischen Eliten, ihn zu restrukturieren, ohne seine wesentlichen Prinzipien aufzugeben. Dies keineswegs ohne Erfolge, sowohl

die ökonomischen Grundlagen betreffend wie die politischen Ergebnisse. Doch ist die Stellung der Linken, die demokratische Alternativen durchsetzen will, durch die Lehren der Krise stärker geworden. Zu diesen Lehren, die immer wieder ins Bewusstsein gehoben werden müssen, gehören vor allem "der zunehmende Zweifel an der neoliberalen Markttheologie, die wachsende Ablehnung der verteilungspolitischen Kaltschnäuzigkeit der Finanzeliten, die neue Anerkennung sozialstaatlicher Institutionen und Politiken als Stabilisatoren von Konjunktur und Beschäftigung, die Akzeptanz weitgehender staatlicher Eingriffe in die privatkapitalistische Eigentumsordnung – diese Veränderungen nagen wie Bieber an der Resthegemonie des Neoliberalismus." (Urban 2013, 261f.)

Je mehr diese Resthegemonie an- und abgenagt wird, umso mehr wächst die Gefahr, dass die in Bedrängnis geratenden Eliten auf die Unterstützung rechtsradikaler Kräfte und auf die Gewalt von "Sicherheitskräften" setzen. Es gehört deshalb zu den Kernaufgaben der linken Bewegungen, auf die Verteidigung und den Ausbau demokratischer Rechte und die Zurückdrängung rechtsradikaler Positionen zu drängen. Demokratisierung, Widerstand und Gewaltlosigkeit bilden für die Linke eine strategische Einheit.

6) Die offene Erklärung für marxistische Positionen gehört mittlerweile zum Repertoire vieler nicht-marxistischer Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler. So sagt Wolfgang Streeck im Vorwort zu seinen Frankfurter Vorlesungen: "Ich bin jedenfalls davon überzeugt, dass man die aktuelle Entwicklung der modernen Gegenwartsgesellschaften ohne den Gebrauch bestimmter auf Marx zurückgehender Schlüsselbegriffe nicht auch nur annähernd verstehen kann – und dass dies immer mehr der Fall sein wird, je deutlicher die treibende Rolle der sich weiter entfaltenden kapitalistischen Marktwirtschaft in der entstehenden Weltgesellschaft sein wird." Streeck 2013, 17f.)

2. Die breite, aber fragmentierte Front des demokratischen Widerstands

Die mit der Krise sich verschärfenden Probleme sind drückend und sie sind drängend. Nicht zuletzt steht eine umfassende Konversion unserer gesamten Wirtschafts- und Lebensweise an. Ohne die Transformation des bisherigen industriell-fossilistischen Entwicklungsmodells in eine Gesellschaft, worin soziale und ökologische Vernunft regieren, versinken wir in einer Welt zerstörerischer Arbeit, zunehmender Arbeitslosigkeit, wachsender Verschmutzung, größerer Klimakatastrophen und von Kriegen um Ressourcen und Transportwege. Die Zeit wird knapp, eine unverzügliche und wahrhaft revolutionäre Umgestaltung der politischen und der Eigentumsverhältnisse wäre die "objektiv" richtige Maßnahme. Angesichts der derzeitigen Kräfteverhältnisse kann sie aber nicht unverzüglich durchgeführt werden. Es bleibt nur der Weg, mit den vorhandenen und den mobilisierbaren Kräften in den aktuellen Machtmechanismus einzugreifen. Diese Kräfte umspannen ein weites Feld, aber sie bergen vor allem zwei Probleme: Erstens haben viele von ihnen noch nicht begriffen, dass die Quelle des Übels, das sie bekämpfen, im neoliberalen System liegt; und zweitens sind sie längst noch kein kollektiver Akteur, sondern bearbeiten ihr Thema getrennt auf ihrem jeweiligen Aktionsfeld. Diese Mängel zu überwinden, gehört zu den vorrangigen Aufgaben der nächsten Phase.

2.1 Fundamental: die organisierte Lohnarbeit – Gewerkschaften, Belegschaften

Die arbeitenden Klassen verfügen über eine entscheidende Qualität, die ihnen eine zentrale Bedeutung im Gesellschaftsgefüge zuweisen: Sie produzieren die Güter und Dienstleistungen, auf denen die Gesellschaft beruht, und sie produzieren den Mehrwert, den das Kapital als Profit einstreicht und weiter verwertet. Dieses Kapital kann vieles aushalten, schlimme Feuilletons, ärgerliche Kirchenführer, verheerende Rankings in Korruptions- und anderen Moralfragen – aber würden die Beschäftigten mal für ein paar Monate die Arbeit niederlegen, wäre das Kapital am Ende. Ein Monat Generalstreik in Deutschland würde bedeuten, dass eine Produktion in Höhe von über 200 Milliarden Euro und ein Profit von über 50 Milliarden Euro ausfallen würden. Einen solchen Aderlass an Umsätzen und Profiten würde das Kapital nicht durchstehen. (Schuhler 2010, 34)

Das Streikrecht ausweiten – den politischen Streik durchsetzen

Weil das so ist, haben die kapitalistischen Eliten das Streikrecht in Deutschland außerordentlich eingeschränkt. Außer der Koalitionsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 3 und dem allgemeinen Widerstandsrecht gemäß Art. 20, Abs. 4 gibt es im Grundgesetz keine konkreten Hinweise. Der politische Streik ("Streik mit dem Ziel, politische Organe (z.B. den Bundestag) zu

bestimmten Maßnahmen zu zwingen", www.wirtschaftslexikon.gabler.de/politischer-streik.) ist verboten. Dieses Verbot von politischen Streiks ist von den 27 Staaten der EU nur von England, Österreich und Deutschland verhängt. Es stellt eine drastische Fesselung der gewerkschaftlichen Kampfkraft dar, denn große Teile der Existenzbedingungen der arbeitenden Klassen werden nicht in Tarifverträgen festgelegt – zu deren Zustandekommen den Gewerkschaften unter bestimmten Bedingungen Streikmaßnahmen erlaubt sind – sondern durch Gesetze der politischen Organe.

Die Gewerkschaften haben sich dennoch seit Jahrzehnten nicht für die Legalisierung des politischen Streiks eingesetzt, obwohl die Rechtslage auf ihrer Seite ist. "Die Europäische Sozialcharta (ESC) beispielsweise wurde 1965 für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich und stellt einen völkerrechtlichen Vertrag dar, der unter anderem die Gewährung von Arbeitskampffreiheit thematisiert. Nach Art. 6 Ziff. 4 ESC ist es 'das Recht der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber auf kollektive Maßnahmen einschließlich des Streikrechts im Falle von Interessenkonflikten'. Die ESC ist eine von Deutschland eingegangene Verpflichtung, an die die Gerichte ebenso gebunden sind wie der Gesetzgeber, der die in der ESC eingegangenen Verpflichtungen in innerstaatliches Recht umzusetzen hat." (Wiesbadener Appell, www.politischer-streik.de)

Stattdessen versuchen die Gewerkschaften, die Interessen der Beschäftigten in Sozialpartnerschaft oder Krisenkorporatismus Hand in Hand mit dem Kapital zu wahren. Dies war schon in der Vergangenheit eine Täuschung. Als völlig eitel werden sich solche Hoffnungen nun in der Phase herausstellen, wo es um die Bewältigung der Krise geht. Die Forderungen der Gewerkschaften sind nun vollends "korporationsinkompatibel" (Urban). Dies gilt gerade auch für die Forderungen, die sich für die IG Metall aus den Ergebnissen ihrer Beschäftigtenbefragung ergeben. Zwar erklärt die IG Metall, dass die "Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung ... zahlreiche Möglichkeiten (bieten), weiterzudiskutieren und betriebliche Probleme anzugehen" (IGM direkt, Nr. 1/2014). Doch werden dabei zwei Probleme auftauchen: 1) Die Forderungen werden in den Unternehmen weithin auf taube Ohren stoßen, da sie aus der Sicht der Unternehmer ihre globale Wettbewerbsfähigkeit gefährden. 2) Viele Forderungen sind gar nicht im Betrieb zu lösen, sondern verlangen gesetzliche Festlegungen.

Mitbestimmungsrechte qualifizieren – das politische Mandat wahrnehmen

So wünschen sich 45 % der Beschäftigten eine Vollarbeitszeit von 35 Wochenstunden, doch haben nur 17,9 % eine solche. Über 50 % müssen über 40 Wochenstunden arbeiten, was aber nur von 18,5 % gewünscht wird. Neue Regelungen im Sinne der Beschäftigten verlangen ein neues Arbeitszeitgesetz. Dies gilt noch eindeutiger für die große Sorge der

meisten (über 90 %), dass ihre Rente nicht ausreichen wird. Ohne eine neue Gesetzgebung für eine soziale Altersvorsorge und Rentenversicherung wird sich diese Sorge nicht mindern lassen. 40 % fürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. 77 % sind der Überzeugung dass ihre Arbeit sich weiter verdichten wird und sie ihr nicht mehr gewachsen sein werden. (IG Metall, Beschäftigtenbefragung, 9 ff) Auch diese Fragen werden innerhalb der Mitbestimmung, wie sie derzeit existiert, nicht zugunsten der Kolleginnen und Kollegen zu entscheiden sein. Auch in der "paritätischen Mitbestimmung", die nur für Kapitalgesellschaften mit mehr als 2000 Beschäftigten stattfindet, gibt es ein festes Übergewicht der Kapitaleseite. Diese stellt immer den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, der bei Stimmgleichheit mit seinem Doppelstimmrecht den Ausschlag gibt. Zudem muss auf der Arbeitnehmerseite ein leitender Angestellter sein, der de facto der Kapitaleseite zuzurechnen ist. (Schuhler 2010, 35f) Und diese Kapitaleseite wird im globalen Wettbewerb nicht verzichten auf weitere Flexibilisierung der Arbeitskräfte, auf Einstellung und Entlassung nach Marktlage, auf Verdichtung der Arbeit, auf Verlängerung der Lebensarbeitszeit, auf Verringerung der Unternehmensleistungen für soziale Sicherungssysteme. Zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehört mithin die Ausweitung der Mitbestimmung – das Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden muss ebenso fallen wie die Vorschrift, dass zur Arbeitnehmerseite ein leitender Angestellter zu gehören hat. Zudem muss die Mitbestimmung für alle Betriebe gelten, die nach der Definition des Statistischen Bundesamtes als Großbetriebe gelten – mithin alle Betriebe mit mehr als 250 Beschäftigten. Doch ebenso muss die Legalisierung des politischen Streiks dazu gehören, denn wenn es um die "gesellschaftliche Maßgabe", die Grundrichtung der politisch-ökonomischen Entscheidungen geht, dann müssen die Gewerkschaften, die organisierte Lohnarbeit, sich endlich den nötigen Einfluss auf die politische Konfliktebene verschaffen.

2.2 Die Banken verstaatlichen und unter demokratische Kontrolle stellen – Unterstützung für Blockupy – es ist Zeit für radikalen Widerstand

Banken haben eine strategische Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft inne. "Bankeinlagen und Zahlungssysteme sind das Lebensblut unserer Wirtschaften. Gesellschaft beruht auf Bankkrediten für die wirtschaftliche und soziale Ordnung und Regierungen werden stets einspringen, das zu schützen." (Europes banking trilemma. www.finance-watch.org/our-work/publications/687) Im Crash von 2008 kam dieses Lebensblut ins Stocken. Die Banken hatten sich zu "flow monsters" entwickelt, ihre Bilanzen waren aufgeblasen vom spekulativen Handel mit Wertpapieren aller Art. Das Spekulationsgeschäft hatte die "normalen Bankgeschäfte" an den Rand gedrückt und die Bilanzen bis in die Höhe von "too big to fail" getrieben, zu groß, um die Banken fallen zu lassen.

Dieser Funktionswandel der Banken entsprang nicht allein deren wüstem Streben nach dem maximalen und schnellen Profit. Er entsprach der Richtung der ungleichen kapitalistischen Verteilung. Während die Weltwirtschaftsleistung sich von 1990 bis 2010 verdreifachte, wuchs das globale Finanzvermögen fast um das Siebenfache. 1990 war das Finanzvermögen doppelt so groß wie die Weltwirtschaftsleistung; 2010 war es fast viermal so groß. Als die Finanzblasen platzten, wurden internationale "Rettungsschirme" aus Steuermitteln in Größe von vier Billionen Dollar aufgespannt. Deutschland allein brachte 500 Milliarden auf, das Doppelte der jährlichen Steuereinnahmen des Bundes.

In aller Munde war nun die Regulierung dieses fehlgeschlagenen Bankensystems. Im Mittelpunkt der zahlreichen "systemimmanenten" Vorschläge (Schuhler 2013, 21 ff) stand die Trennung des hochriskanten "Investmentbanking" (im Wesentlichen der Spekulationshandel) vom normalen Bankgeschäft (Sparkonten, Zahlungsverkehr, Kredite für die Realwirtschaft und Privatkunden). Bislang blieb es bei der Diskussion der Vorschläge, entschieden wurde nichts. Die Banken haben ihre beherrschende Stellung sogar noch ausgebaut und die Boni für ihre Manager sprudeln wie in alten Zeiten. Der von der Deutschen Bank angekündigte "Kulturwandel" ist in verschiedenen kriminellen Affären, von der Manipulation von Zinssätzen über die Anfertigung falscher Gutachten über Wertpapiere bis hin zur Kirch-Affäre, untergegangen.

Ende Januar 2014 hat die EU-Kommission nun ihren Vorschlag zur Strukturreform der großen Banken vorgelegt. Wesentlicher Inhalt: die Monster-Banken werden bleiben. Zunächst einmal betreffen die Regulierungsvorschläge nur 30 der insgesamt 8000 Banken in der EU. Dann sollen sie nicht den Spekulationshandel dieser Banken prinzipiell untersagen, sondern nur den Eigenhandel. Und auch den nicht wirklich, sondern nur, wenn der Eigenhandel von speziellen Einheiten der Bank betrieben wird, nicht aber, wenn die Bank über dieselbe Einrichtung auch für Kunden Handel treibt (dual use). Prompt hat die Deutsche Bank, der größte Händler in der Eurozone, bereits erklärt, sie würde überhaupt keinen Eigenhandel betreiben. (Wahl 2014) Schon vor dem Ansturm der Finanzlobby im Gesetzgebungsverfahren ist dieser Vorschlag der EU-Kommission eine Garantie für das "Weiter so" der Banken.

Er ist mithin auch eine Bestätigung der Einschätzung der Europäischen Aktionskonferenz von Blockupy im November 2013 in Frankfurt/Main: "Unser gemeinsames Ziel ist es, deutlich zu machen, dass Demokratie nicht in staatlichen Institutionen stattfindet, sondern vielmehr geschaffen wird in den Kämpfen, den Aktionen und den Versammlungen der Menschen auf den Straßen." (Protokoll, www.blockupy.org) Die staatlichen Institutionen sind hier die EU-Kommission mit ihrem bankenaffinen Vorschlag und dort die EZB, die in Zukunft die Bankenaufsicht leitet. Der Bock wird zum Gärtner gemacht, denn die EZB wird von einem

alten Profi aus dem Investmentbanking, von Goldman-Mario Draghi, geleitet. Blockupy hat recht, wenn es in dieser Lage darauf verweist, dass der Widerstand auf Straßen und Plätzen die Friedhofsruhe über dem Geschehen stören und das öffentliche Bewusstsein aufrütteln muss. Für jede und jeden, die es mit der Demokratisierung des Finanzsektors ernst meinen, muss die Unterstützung der internationalen Aktionswoche im Mai, die bis zum letzten Tag der Europawahlen am 25. Mai andauert, und der Proteste gegen die Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes Ende 2014 in Frankfurt, höchste Priorität haben. Der Erfolg dieser Kämpfe kann das Fundament für die nächste Stufe legen, die Überführung des Finanzsektors in öffentlich-rechtliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle.

2.3 Die Protestbewegungen der "Wutbürger" – es geht um die Herauslösung von Energie, Verkehr, Erziehung, Gesundheit, Wohnen u.a. aus der Profitwirtschaft – die Gemeingüter gehören unter gemeinschaftliche Kontrolle

Die Widerstandsbewegungen der so genannten "Wutbürger" richten sich in aller Regel auf Güter und Bereiche, die sie nicht in der Hand und Gestaltungsmacht privater Profitmacher sehen wollen, sondern über deren Planung und Nutzung sie mitbestimmen wollen. Auch wenn manche MacherInnen der Bewegungen sich dessen nicht bewusst sein mögen, stehen sie damit in einer Reihe mit der weltweiten Bewegung der Commons, der Gemeingüter. Wie Nicola Bullard formuliert, müssen diese Commons aus dem Markt, aus der Profitwirtschaft herausgenommen werden: Wasser, Land, Nahrung, Gesundheit, Erziehung, soziale Sicherheit und Renten, öffentliche Verkehrsmittel, Wohnungswesen, Krankenhäuser und Schulen, Saatgut, Kultur und Demokratie selbst müssen allen Menschen in allen Gesellschaften zugänglich gemacht werden, und zwar nicht nur in der Nutznutzung, sondern auch in ihrer Planung und Durch-

führung. (Schuhler 2010, 41) 2009 erhielt Elinor Ostrom für ihre wissenschaftlichen Arbeiten zur "governance of the commons", zur überragenden Bedeutung der Gemeingüter, den Nobelpreis für Wirtschaft.

Tatsächlich aber werden im Neoliberalismus diese Gemeingüter ständig weiter privatisiert, zu Waren der Profitwirtschaft gemacht. Der Ursprung des Wortes "Privatisierung" – vom lateinischen *privare*, berauben – zeigt sich deutlich in diesen Raubzügen auf die bislang noch öffentlichen Güter. Gegen dieses Verfahren und gegen die immer rüchlosere Handhabung der Gemeingüter durch die privatprofitlichen "Eigentümer" wenden sich die Bewegungen, ob es um Verkehrsplanung oder Stadtentwicklung, um Energie- und Anti-Atomkraft-Bewegung, um Wohnungs- oder Gesundheits- oder Bildungswesen geht. Doch sehr oft äußern sich die Konflikte als unterschiedliche Fachmeinungen zu "Sachfragen", geht es um die fachlich beste Lösung des Problems, das als solches anerkannt und nicht hinterfragt wird. In Wohnungsfragen zum Beispiel gehen alle davon aus, dass es in den Ballungsgebieten an Wohnraum fehlt, als leitende Frage wird akzeptiert, wie kann man den Wohnraum vergrößern. Dass es aber in erster Linie nicht an Wohnraum fehlt, sondern der vorhandene grotesk falsch verteilt wird, kommt in der Diskussion nicht vor, jedenfalls zu kurz. Durch alle Gemeingüter zieht sich diese Zuschreibung, dass der Zugriff auf sie höchst ungleich ausfällt, und dass er ganz überwiegend von der Höhe von Einkommen und Vermögen abhängt.

Die Protestbewegungen müssen zu dieser Erkenntnis vorstoßen und so auch verstehen, dass sie zusammengehören. Sie haben einen gemeinsamen Gegner, nämlich die, die mit ihren wesentlichen Lebensbedürfnissen einen unverschämten und skrupellosen Profit machen wollen. Es geht im einzelnen auch um die fachmännisch besseren Lösungen – aber zunächst um das leitende Interesse der Veranstalter, Höchstprofit der einen oder höchster Nutzen für alle Betroffenen.

Commons-Gesellschaft versus Kapitalismus

Logiken	Altes Paradigma	Commons-Paradigma
Entscheidungsprozesse	hierarchisch	horizontal
Entscheidungsfindung	Urteil, Anordnung	Diskus, Partizipation (peer-review)
Durchsetzungsmittel	Kontrolle, proprietäre Diktate	Offenheit, offene Standards
Anreize	Profit, Akkumulation	Kreativität, Innovation
Ergebnisse		
auf Ebene der Ressourcen	Erosion, Einhegung (enclosure)	Reproduktion, faires Teilen
auf Ebene der Akteure	Abhängigkeit, Ungleichheit	Intersubjektivität, Autonomie
auf Ebene der Regeln	Macht, Geld, Gesetz, Gewalt	freie Vereinbarungen
Dominierende Strategie	konkurrieren (out-compete)	(aus-)kooperieren (out-cooperate)

2.4 Genossenschaften – Schutz für die Mitglieder und Einübung solidarischen Verhaltens; doch zu wenig Druck auf Ändern der Marktgesetze

In einem wesentlichen Punkt grenzen Commons und Genossenschaften aneinander. Auch in Genossenschaften "schließen sich die Mitglieder freiwillig zusammen, um gemeinsam zu wirtschaften". (www.genossenschaften.de/was-ist-eine-genossenschaft) Der Grundgedanke einer jeden Genossenschaft sei, gemeinsam seien Ziele besser zu erreichen als im Alleingang.

Die Vereinten Nationen hatten 2012 zum "Internationalen Jahr der Genossenschaften" ausgerufen, UN-Generalsekretär Ban-Ki Moon begründete dies so: "Genossenschaften erinnern die internationale Gemeinschaft daran, dass es möglich ist, gleichermaßen wirtschaftliche Lebensfähigkeit und soziale Verantwortlichkeit zu verfolgen."

Die Genossenschaften sind eine quantitativ sehr beeindruckende Bewegung. In der "International Cooperative Alliance" (ICA) sind ungefähr eine Milliarde Menschen aus 94 Ländern vertreten (Oktober 2013, www.ica.coop/en/ica/ica-members) Und es werden immer mehr, auch in Deutschland. Hier sind in den letzten acht Jahren 1300 neue Genossenschaften gegründet worden, vor allem im Energiebereich. (www.genossenschaften.de) Die mit Abstand einflussreichsten haben sich im Bankensektor entwickelt. Ende 2010 wiesen die Genossenschaftsbanken eine Bilanzsumme von über einer Billion Euro aus, was 18 % der Summe im gesamten Bankbereich ausmacht. An Girokonten entfällt auf die Genossenschaftsbanken sogar ein Anteil von 24 %. Sie haben 16,7 Millionen Mitglieder und rund 30 Millionen Kunden.

Das Problem dieser quantitativ beachtlichen "Vergenossenschaftlichung" besteht in der mangelnden Qualität des Einbezugs der GenossInnen in die Arbeit der Unternehmen. Nach Angaben der ICA gibt es in Deutschland 20 Millionen Mitglieder von Genossenschaften. Doch sind 98 % nur Nutznießer der Leistungen der Genossenschaften. Nur 2 % sind nicht nur formal Mitglieder von Genossenschaften, sondern sind auch in ihnen beschäftigt. Diese 440.000 Personen bilden gerade einmal 1 % der Erwerbsbevölkerung. Schon von diesem Verhältnis her kann man nicht behaupten, hier entstünde in nennenswertem Umfang eine neue, auf Solidarität verpflichtete und in kooperativer Arbeit geübte Arbeiterschaft. Darüber hinaus ist die "Solidarität" eng begrenzt. In den Worten der Genossenschaftsbewegung: "Mit Hilfe eines gemeinschaftlich betriebenen Unternehmens wird die wirtschaftliche Tätigkeit der Genossenschaftsmitglieder ergänzend unterstützt. Man tritt gemeinsam am Markt auf, etwa um günstige Absatz- und Beschaffungskonditionen zu erlangen oder aber betriebliche Funktionen effizienter und qualitativ besser

ausüben zu können." (A.a.O.) So verstandene Genossenschaften zielen nicht auf eine Veränderung der Logik des Marktes, sondern auf ein besseres Abschneiden der Mitglieder im beibehaltenen Marktgeschehen.⁷

Wie können Genossenschaftsbewegungen effektiv in eine Widerstandsbewegung gegen den Neoliberalismus eingebaut werden? Zunächst ist jede Aktion, die dem neoliberalen Kapital den Zugriff auf Profitefelder verwehrt, positiv einzuschätzen. Sodann wäre es positiv, wenn die Mitglieder von Genossenschaften nicht nur Nutznießer von deren Leistungen wären, sondern aktive Entscheider in ihren Institutionen. Dadurch würden sie deren demokratische Qualität erhöhen und vielleicht einen wirklichen Druck auf die Gesetze des Marktes ausüben, und sie würden sich selbst in solidarischer Praxis üben. Ein wichtiges Training für die nächste Phase, die Übernahme von Betrieben auf breiterer Front in demokratische Kontrolle.

3. Wie entsteht der kollektive Akteur, die Verbindung von Gewerkschaften und Bewegungen, von nationalem und supra-nationalem Widerstand?

Wir finden eine Vielzahl von Organisationen, Initiativen und Bewegungen vor, die sich von der "Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur" (so der zweite Teil des Titels von Altvaters Buch "Der große Krach", Münster 2010) bedroht sehen und sich zur Wehr setzen. Altvater urteilt, die Stärke dieses weitgestreuten Widerstands sei "ihre Verschiedenheit, ihre Schwäche die politische Fragmentierung". (a.a.O., 229) Tatsächlich ist ihre Verschiedenheit insofern keine Stärke, als sich nur wenige der Gruppen und Initiativen klar sind, dass sie ihre Lage den Imperativen des modernen Kapitalismus zu verdanken haben und es auf die Überwindung dieses Kapitalismus ankäme, will man das Übel an der Wurzel packen. In den Begriffen von Pierre Bourdieu, dessen Feldtheorie die politischen Strategievorstellungen vieler auf der Linken beeinflusst (Bourdieu 2001, 41 ff, 49; Urban 2013, 269f): Es geht erstens darum, im jeweiligen politischen Kräftefeld – Energie, Umwelt, Lohnarbeit, Kultur usw. – zu verstehen, woher die Probleme rühren, wer sie zu verantworten hat, wie sie abgestellt werden können, welche Alternativen denkbar sind und wie sie durchgesetzt werden können. Schon der nächste Schritt, im eigenen Feld die Kräfteverhältnisse zu verändern, setzt aber das Verständnis eines systemumspannenden Gegners voraus, eines das System dominierenden Kapitals. Die von Bourdieu abgeleitete Vorstellung, dass erst die "progressive Veränderung der feldspezifischen Kräfteverhältnisse" die "Voraussetzung dafür" wären, "kollektive feldübergreifende Handlungsfähigkeit hervorzubringen, die sich auf die finanzmarktkapitalistische

7) Eine ausführlichere Kritik der Genossenschaftsbewegung, inklusive einer Betrachtung von Mondragon, findet sich bei Schuhler 2010, 39ff.

Akkumulationsdynamik" zu beziehen hätten (Urban, 270), geht an der Tatsache vorbei, dass die Kräfteverhältnisse aller wesentlichen Felder bisher bestimmt werden durch die Übermacht der kapitalistischen Position. Es ist also nicht so, dass das Kräftefeld eines Feldes erst verändert werden müsse oder könne, bevor dieses sich einschalten könne in den Kampf um die allgemeinen Kräfteverhältnisse. Eher ist es umgekehrt: Je weniger die allgemeine "Maßgabe" über das gesellschaftliche Grundverhältnis zu verändern ist, desto hoffnungsloser werden die Versuche, das Kräfteverhältnis in den einzelnen Feldern – sofern sie von Bedeutung für das große Kapital sind – umzukehren.

Es handelt sich nicht um ein "Ei-Henne-Problem" – was kommt als erstes? – sondern darum, dass das Verändern im einzelnen Feld verbunden werden muss mit dem Kampf um die allgemeinen Kräfteverhältnisse. Für die Widerstandsbewegungen bedeutet dies, den Zusammenschluss zu suchen unter den Bedingungen der unterlegenen Stellung im eigenen Feld, also jetzt. Eine große Chance dazu bietet die Formierung eines "Europa-Projekts", einer Vereinheitlichung, einer Kooperation angesichts einer EU-Formierung, die sich alle Bereiche negativ auswirkt.

Von einer solchen Einstellung sind die potentiellen Akteure der unterschiedlichen Felder unterschiedlich weit entfernt. Am nächsten kommen ihr die Gruppen von Blockupy, die sich europaweit auf die nächsten Aktionen gegen das hier umtriebige Finanzkapital organisieren. Auch ein großer Teil der sozialen Bewegungen ist im Weltsozialforum und im Europäischen Sozialforum bereits international integriert (ohne allerdings aktuell im internationalen Rahmen im erforderlichen Maß die Bühne zu betreten). Am weitesten zurück sind die Gewerkschaften, die – selbstverständlich – internationale Strukturen aufweisen, aber im Wesentlichen je nationale Politik, im Falle Deutschlands: eine korporatistische Politik betreiben.

Im Widerstand gegen den EU-Neoliberalismus könnte und müsste sich mit dem Europa-Projekt eine politisch-soziale Gegenmacht auf europäischer Ebene entwickeln. Dazu würden die Gewerkschaften, Blockupy und die übrigen zivilgesellschaftlich aktiven Gruppen und Initiativen ebenso gehören wie die "Diskursmacht kritischer Intellektueller". (Urban) Urban ist auch zuzustimmen, dass bei der Diskussion um gemeinsame Linien und Aktionen "kein Akteur eines Teilbereiches für sich reklamieren kann, eine allumfassende Kompetenz zu besitzen oder besitzen zu können". (Urban, 269) Allerdings soll es ja um ein "gemeinsames Projekt der Gesellschaftsveränderung" gehen, nämlich das "der sozialökologischen Transformation und Konversion". (Altwater 2010, 228) Deshalb müssen sich die Kräfte der Gegenmacht einerseits zutiefst demokratisch-pluralistisch entwickeln und zusammenfinden, andererseits muss ihnen aber klar werden, dass es nicht nur gegen eine besonders widerwärtige Form des Kapitalismus geht, den Finanzmarkt-Kapitalismus, sondern um die "moderne" Form des Kapitalismus schlechthin.

Das ausgerufenen Ziel, die sozialökologische Transformation und Konversion, also die Umformung der Gesellschaften in soziale Gebilde, die sowohl umweltverträgliches Wirtschaften wie auch menschengerechtes Arbeiten und Verdienen und die demokratische Teilhabe auf allen Ebenen umfassen, trifft auf den Widerstand der dominanten Gruppen des Kapitals, nämlich die Institutionen des unmittelbaren Finanzkapitalismus, also Banken und Versicherungen, sowie die des "fossilistischen" Kapitalismus, der Unternehmen der Öl-, Gas- Energie- und Automobil- und Luftfahrtsektoren. Die logisch naheliegende Variante eines "grünen Kapitalismus", der vielleicht die Entwicklung eines breiten Innovations- und Investitionsstroms auslösen könnte, mit dessen Hilfe die drohende Investitions- und Wachstumsblockade im Kapitalismus überwunden werden könnte, wird von den Kräften, die den Kapitalismus beherrschen, zurückgewiesen. Stattdessen setzt man auf die Intensivierung des neoliberalen Weges – im globalen Wettbewerb überlegen zu sein, Exportüberschüsse zu erzielen – wie die derzeitigen Verhandlungen über das Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und der EU erneut belegen. Es wird zu den Themen eines sich herausbildenden alternativen Blocks gehören, wie weit "grünkapitalistische" Überlegungen und Gruppen dazu gehören können. Die Probleme eines "grünen Kapitalismus" hinsichtlich Ausbeutung der Arbeit und weiterer Belastung der Natur (der kapitalistische Wachstumszwang) liegen auf der Hand. Die Hauptaufgabe für den demokratischen Block lautet, die Kräfte zu messen mit dem dominierenden finanzkapitalistischen und fossilistischen Machtblock des Kapitals.

Damit ist die Auseinandersetzung "Kapitalismus oder Demokratie" zu einer "Systemfrage" geworden. Es geht nicht bloß um die Überwindung eines besonders scheußlichen Typs von Kapitalismus, sondern um seine grundsätzliche Transformation. Eine solidarische, demokratische, ökologische Gesellschaft entsteht insofern, als die Kräfte gegen den Neoliberalismus Schritt für Schritt die kapitalistischen Verhältnisse überwinden und stark genug werden, den Bruch durchzusetzen, ohne dass das Kapital sich mit Gewalt an der Macht halten kann.